70. Jahrgang. № 608 Mittwoch, 30. Dezember 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31./12. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfg. | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰ i. ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰ weniger. 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei und Café **A. Martin**
Bismarckplatz 12
Zur Silvesterfeier: **Dresdner Christstollen, ff Pfannkuchen** mit diversen Füllungen.

Die Bonbonnière
Vornehmes Weinrestaurant und Kabarett
Allabendlich das erfolgreiche Programm

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Fernsprecher: 16262 **Gr. Zwingerstr. 13** Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe – Kohlen- und Gas-Herde – Dauerbrand-Oefen – Ersatzteile.

Ueber eine Million Erwerbslose!

Zunahme der Erwerbslosenziffer um 57 Prozent innerhalb der ersten Dezemberhälfte.

Mißstimmung in Genf über die Stellenjägerei der Linken. — Das Hochwasser im Rheinland. — Vertagung der Pariser Krise.

Katastrophales Emporschnellen der Erwerbslosenziffer.

Berlin, 29. Dez. In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 673 815 auf 1 057 031, d. h. um rund 57 Prozent, gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012, di der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 603 auf 93 019 erhöht.

Wirtschaftliche Vernunft in Belgien.

(Durch Funkspruch.)

Mons, 29. Dez. Bei einer Abstimmung unter den Bergarbeitern im Revier der Borinage wurden 7058 Stimmen für den Vorschlag einer dreiprozentigen Lohnkürzung und für ein neues Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgegeben, was 78 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Steinkohlenbergarbeiter entspricht.

Starke Beschränkung der russischen Einfuhr.

Berlin, 29. Dez. Der stellvertretende Handelsvertreter der Sowjetrepublik Awramow ist jetzt von einer Dienstreise nach Moskau zurückgekehrt und erstattete dem Rat der Handelsvertretung einen ausführlichen Bericht über die Veränderungen des Im- und Exportprogramms der Sowjetrepublik, die vom Handelskommissariat in Moskau infolge der bekannten Schwierigkeiten beschlossen worden sind. Danach wurde vor allem das Einfuhrprogramm einer gründlichen Revision unterzogen. Die Einfuhr solcher Artikel, die für die Arbeit und den Ausbau der russischen Industrie und der Intensivierung der russischen Landwirtschaft bestimmt sind, soll nicht beschränkt werden; **dagegen soll die Einfuhr von Bedarfsartikeln wesentlich eingeschränkt werden.** Diese Einschränkungsmaßnahmen sind vorläufig für das zweite Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres, also für die Monate Januar, Februar und März des Jahres 1926, geplant. Sollte keine Aenderung der Konjunktur auf dem Getreideweltmarkt eintreten, so werde man auch für das zweite Halbjahr des Wirtschaftsjahres das Außenhandelsprogramm abändern müssen.

Diese Mitteilungen beleuchten erneut die Schwierigkeiten, in die die Volkswirtschaft der Sowjetrepublik durch die unerwartet ungünstige Exportfähigkeit der Landwirtschaft gekommen ist.

Die Sachverständigen für das Wirtschaftskomitee.

Genf, 29. Dez. Für das vorbereitende Wirtschaftskomitee, das sich mit der Organisation und dem Arbeitsprogramm der internationalen Wirtschaftskonferenz befassen soll, die nach dem Antrag Loucheurs vom Völkerbund einberufen wird, haben bisher von den angefragten 35 Persönlichkeiten lediglich 14 ihre Teilnahme zugesagt. Die Mitglieder des vorbereitenden Komitees sollen nur Sachverständige und nicht Vertreter ihrer Regierungen sein. Die angefragten deutschen Persönlichkeiten haben einstweilen noch nicht geantwortet.

Kohlenmangel in den Vereinigten Staaten.

Die Folgen des Bergarbeiterstreiks.

Neuyork, 29. Dez. In den letzten Tagen hat sich in den Vereinigten Staaten ein großer Kohlenmangel bemerkbar gemacht, unter dem auch die Industrie leidet. Die Kohlenpreise sind stark gestiegen. Die Blätter verlangen von der Regierung, daß sie ihren Einfluß zur Beilegung des Streiks geltend mache. Man fürchtet, daß auch die heutigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergebnislos verlaufen werden. (T. U.)

Die beschämende Stellenjägerei in Genf.

Die Genfer Empörung.

Köln, 29. Dez. Der Genfer Korrespondent der „Köln. Zeitung" berichtet jetzt ausführlich über die private Stellenjägerei in Genf. Die Bemühungen privater deutscher Persönlichkeiten häufen sich jetzt in einer Weise, die in Genf großes Aufsehen erregt. Private Anwärter wendeten sich direkt an das Völkerbundssekretariat, um für sich und ihre Gesinnungsgenossen die verhältnismäßig wenigen Plätze, die den Deutschen eventuell zur Verfügung stehen, rechtzeitig zu belegen. Täglich träfen allerlei Bewerbungsschreiben ein, und einzelne Mitglieder des Sekretariats würden um Hilfe angegangen. Dem Völkerbundssekretariat liege bereits eine Liste von Kandidaten vor. In wirklich maßgebenden Kreisen des Völkerbundssekretariats, die offenbar über alle Einzelheiten der Mitwirkung untergeordneter Völkerbundsstellen an diesen Verhandlungen unterrichtet seien, zeige man sich über die parteipolitischen Einmischungen sehr verstimmt, und man gebe zu verstehen, daß dadurch die ohnehin schwierige Regelung der Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund nicht erleichtert werde.

*

Berlin, 29. Dezember. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat es offenbar vermieden, dem deutschen Generalkonsul über den Inhalt der vom Zentrum und Sozialdemokratie vorgelegten Anwärterlisten über die Unterschriften und über die von den Parteien namhaft gemachten Bewerber Mitteilung zu machen, da ihm die Listen vertraulich zugegangen waren. **Infolgedessen ist das Auswärtige Amt auch nicht in der Lage, diese Namen mitzuteilen.** Vermutungen, die darüber in Berliner politischen Kreisen angestellt werden, laufen darauf hinaus, daß **„sehr führende Abgeordnete des Zentrums und der Sozialdemokratie"** sich in Genf um die Anstellung von Herren bemüht haben, die schon früher durch die beiden Parteien in sehr wichtige Posten bei der Reichsregierung gebracht waren und durch die Bildung des Kabinetts Luther zum Rücktritt gezwungen wurden. Die Dementis des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei sind offenbar in der Hoffnung erfolgt, daß der Generalsekretär des Völkerbundes die ihm zugegangenen Listen vertraulich behandeln und über den Schritt der Parteien überhaupt keine Mitteilung machen werde.

Neue Bestätigung der Genfer Stellenjagd durch das Organ Stresemanns.

Berlin, 29. Dez. Zu der amtlichen Mitteilung über die Stellenjägerei in Genf schreibt heute das Organ Dr. Stresemanns, die „Tägliche Rundschau": Aus dieser amtlichen Klarstellung geht also hervor, daß eine maßgebende Stelle im Generalsekretariat des Völkerbundes ihrer Beunruhigung darüber Ausdruck gegeben hat, daß verschiedene politische Parteien Kandidatenlisten für die deutsche Beteiligung am Sekretariat aufgestellt hatten. Wir können uns nur der von dem Generalsekretariat ausgesprochenen Meinung anschließen, daß die Besetzung dieser Stellen Sache des Generalsekretärs in Fühlungnahme mit der Reichsregierung ist. Aus der Mitteilung des Auswärtigen Amtes ergibt sich gleichzeitig, wie unrichtig die von dem Sozialdemokratischen Pressedienst verbreitete Darstellung ist, daß die Benachrichtigung über diese Vorgänge an die Presse auf das Auswärtige Amt zurückzuführen sei. In unterrichteten Kreisen ist der Ursprung der im „Tag" veröffentlichten Meldungen so weitgehend bekannt, daß es auch der sozialdemokratischen Presse leicht sein müßte, sich über die Entstehung dieser Notiz zu vergewissern. Wenn das Generalsekretariat des Völkerbundes davon spricht, daß eine Kandidatenliste existiere, so muß ihr Ursprung doch auf Kreise innerhalb der deutschen Parteien zurückgeführt werden. **Im übrigen möchten wir bemerken, daß unsere Stellungnahme in den von uns gebrachten Darlegungen nicht auf den dahinter gesuchten besonderen Informationen beruht, sondern auf denjenigen Nachrichten über diese Vorgänge, die viel älter sind als die Veröffentlichung, die in den Weihnachtstagen im „Tag" erfolgt ist.**

*

Berlin, 29. Dez. Nach dem „Vorwärts" hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Chefredakteur des „Vorwärts", Stampfer, folgende Erklärung zur Veröffentlichung übersandt:

Unter Bezugnahme auf die in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts" an das Auswärtige Amt gerichteten Fragen ist zu erwidern, daß die dem Auswärtigen Amt bekanntgewordenen Tatsachen in der heutigen Auslassung des Auswärtigen Amtes vom W. T. B. veröffentlicht worden sind. Ueber einen Schritt der Sozialdemokratischen Partei beim Völkerbundssekretariat ist dem Auswärtigen Amt nichts bekannt. Ueber einen derartigen Schritt sind infolgedessen auch keine Informationen durch das Auswärtige Amt an die Presse gegeben worden. (W. T. B.)

Dem Gedächtnis Wilsons.

London, 29. Dez. Aus Neuyork wird gemeldet: Der Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Wilson wurde heute in 500 Städten Amerikas begangen. Die Postverwaltung hat anläßlich des Jahrestages eine neue 17-Cent-Wilson-Regierungsmarke herausgegeben. (W. T. B.)

Pazifistische Pfründenjagd in Genf.

Es ist kein erbauliches Schauspiel, das die deutschen Pazifisten und die auf sie eingeschworenen politischen Parteien durch ihr Verhalten gegenüber den lockend und verführerisch winkenden Posten und Pöstchen beim Völkerbunde in Genf bieten, ein Schauspiel, das an Würdelosigkeit kaum noch überboten werden kann. Um den klaffenden Unterschied, der zwischen einem solchen Gebaren und patriotischer Uneigennützigkeit in Erscheinung tritt, voll zu erfassen und drastisch zu beleuchten, ist ein kurzer Vergleich mit vergangenen Zeiten dienlich. Zur Zeit der Franzosenschmach unter dem korsischen Eroberer hatte Deutschland einen Freiherrn vom Stein, den führenden Genius der Befreiungskriege und großen innerpolitischen Reformator Preußens. Als diesem hochragenden Patrioten seine Güter von Napoleon mit Beschlag belegt wurden, trug er dieses Opfer, ohne zu murren und zu klagen, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, als eine selbstverständliche nationale Pflicht und herrschte einen preußischen Minister, der ihn zur Nachgiebigkeit gegenüber dem Unterdrücker zum Zwecke der Erlangung materieller Vorteile zu raten sich unterfing, mit den denkwürdigen Worten an: „Glauben Sie, daß an dem Quark etwas gelegen ist, wo es aufs Vaterland ankommt?" Wie muß der heutigen Zwergengeneration der Pazifisten zumute sein, wenn der gigantische Schatten des Freiherrn vom Stein auf sie fällt und Rechenschaft von ihnen fordert, daß sie den Genfer „Quark" um des persönlichen Eigennutzes willen hoch genug schätzen, um deswegen nicht nur sich selbst, sondern ganz Deutschland vor dem Auslande an den Pranger zu stellen? Es fehlte gerade noch, daß die deutschen Pazifisten, die schon so viel Nackenschläge dem deutschen Ansehen in der Welt versetzt haben, ihrem Vaterlande auch diese schwere Wunde schlugen! Jetzt, wo das Treiben schonungslos aufgedeckt worden ist, sucht sich die Presse der betroffenen Parteien durch ein taktisches Manöver aus der Affäre zu ziehen, das zu plump und durchsichtig ist, um auf einen nur halbwegs urteilsfähigen Menschen irgendwelchen Eindruck machen zu können. Man klammert sich an eine kleine formelle Ungenauigkeit, die darin besteht, daß es sich nach den anfänglichen Meldungen um ein parteioffizielles Vorgehen des Zentrums und der Sozialdemokratie beim Generalsekretariat des Völkerbundes gehandelt haben soll. Das wird mit dem Brustton der höchsten moralischen Entrüstung abgeleugnet, unter grobschlächtigen Ausfällen auf die „verleumderische" Rechtspresse. Der Trick ist aber prompt durchkreuzt und wirkungslos gemacht worden durch die bündige Erklärung des Stresemann-Organs, „daß von namhaften parteipolitischen Persönlichkeiten Anträge oder Vorschläge an das Generalsekretariat in Genf gerichtet worden sind". Das ist des Pudels Kern, darauf kommt es an, und auch so bleibt voll bestehen, daß, wie die „Tägl. Rundschau" sagt, „ein solches Vorgehen nur allzusehr geeignet ist, das Ansehen des Deutschen Reiches zu schädigen." Auch die zur Sache erlassene Erklärung des Auswärtigen Amtes zeigt deutlich, woher der Wind weht.

Durch die jetzige Enthüllung wird voll bestätigt, was schon während der vorletzten Genfer Tagung gemunkelt wurde. Da hieß es, die freiwillige pazifistische Schutztruppe des Verbandes, die deutsche „private Nebendiplomatie" in Genf, verbreite geflissentlich das Gerücht, daß es die Berliner Regierung mit ihren Einwänden und Bedenken gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gar nicht ernst meine. Man tue bloß so, um der nationalen öffentlichen Meinung gegenüber das Gesicht zu wahren. Der Zweck dieser schmählichen Verdächtigung wurde klar, als gleichzeitig Andeutungen erfolgten, daß pazifistische deutsche Persönlichkeiten unterderhand bemüht wären, sich Plätze an der Genfer Futterkrippe zu sichern. Diese Betätigung des nationalen pazifistischen Gesinnungsmangels erregte schon damals in Deutschland unliebsames Aufsehen und rief starke Entrüstung hervor. Es fehlte aber damals noch an greifbaren Beweisen, die erst jetzt geliefert worden sind. Im Zusammenhang mit dem pazifistischen Drängen nach Genfer Pfründen stand offenbar auch eine Meldung, die gleich nach der Locarno-Konferenz auftauchte und für die man damals keine rechte Erklärung finden konnte. Es hieß da, man erwäge in London und Paris eine Verdoppelung einzelner Aemter im Bureau des Genfer Generalsekretariats, um auch deutsche Beamte einstellen zu können, da man die gegenwärtigen Inhaber nicht zu deutschen Gunsten von ihren Posten entfernen